

Große Anfrage der Fraktion der CDU***Konsequenzen einer Ausbildungsplatzabgabe***

Die Bundesregierung stellte im vergangenen Jahr die Ausbildungsplatzabgabe als angebliche Lösung zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen in der freien Wirtschaft vor. Mit dieser Abgabe beabsichtigt die Regierung, Unternehmen in Deutschland zu zwingen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe ist aus zahlreichen Gründen kontraproduktiv und gefährdet längerfristig sogar das duale System der Berufsausbildung in seinen Grundfesten. So bekämpft die Abgabe nicht die Ursachen einer in manchen Bereichen zu geringen Ausbildungsbereitschaft, sondern verschiebt die Verantwortung der Unternehmen für ihren eigenen qualifizierten Nachwuchs auf den Staat. Sie gefährdet das auf den Bedarf der Betriebe ausgerichtete duale System und ersetzt es durch ein staatlich gelenktes Geflecht von institutionellen und bürokratischen Strukturen. Verbunden mit milliardenschweren Geldströmen führt dies damit mit Sicherheit zu erheblichen Fehlsteuerungen in der dann vermehrten schulischen Ausbildung nicht nachgefragter beruflicher Qualifikationen.

Außerdem würde die Ausbildungsplatzabgabe auch zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen beschäftigungs- bzw. lohnintensiven und eher kapitalintensiven Unternehmen führen, da die Errechnung einer Mindestausbildungsquote höchstwahrscheinlich an der Lohn- und Gehaltssumme ansetzen würde. Des Weiteren würde die Abgabe die Betriebe bestrafen (z. B. im Nahrungsmittel- und Gaststättenbereich), die ihre Ausbildungsstellen gar nicht besetzen können, da sich zurzeit über 60 % aller Bewerber in nur sieben Ausbildungsberufe drängen.

Wir fragen daher den Senat:

1. Wie viele neue Ausbildungsverträge wurden im Jahr 2003 im Land Bremen geschlossen?
2. Wie viele offene Ausbildungsstellen gab es im Land Bremen im Jahr 2003?
3. Wie viele Ausbildungsplätze sind schätzungsweise durch private Vermittlung besetzt worden?
4. Wie viele Schulabsolventen konnten keine Lehrstelle finden, und was waren die Gründe dafür?
5. Wie viele Auszubildende haben im Jahr 2003 und bis heute ihre Ausbildung abgebrochen?
6. Welche Vermittlungsanstrengungen haben die Wirtschaft und die Kammern im Jahr 2003 unternommen, und welche Pläne gibt es diesbezüglich für dieses Jahr?
7. Welche bürokratischen Folgen und Kosten sind durch die Einführung der Ausbildungsplatzabgabe zu erwarten?
8. Welche Folgen ergeben sich durch die Ausbildungsplatzabgabe für das duale System?

9. Mit welchen Verzerrungen im Wettbewerb rechnet der Senat durch die Einführung der Ausbildungsplatzabgabe?
10. Ist bei der Einführung der Ausbildungsplatzabgabe auch die Einbeziehung des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaften geplant?
11. Wie war das Abstimmungsverhalten der einzelnen Wirtschaftsminister der Bundesländer auf der Wirtschaftsministerkonferenz am 10./11. Dezember 2003 bezüglich einer Einführung der Ausbildungsplatzabgabe?

Sibylle Winther, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU